

Betreff: Februar-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

Datum: Sun, 06 Feb 2011 13:54:31 +0100

An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

2011 hat gut für die Kampagnenforderung begonnen: die deutsche Kampagne hat eine gut besuchte und produktive Mitgliederversammlung abgehalten und auch die europäischen Kampagnen nehmen deutlich an Fahrt auf. Zugleich sollen Finanztransaktionssteuern ein zentrales Thema der G20 werden und die Bundesregierung zeigt sich uns gegenüber gesprächsbereit.

Neueste Entwicklung: Aus Reihen der Union werden Forderungen laut, eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch nur mit wenigen anderen Staaten - z.B. Frankreich und Österreich - einzuführen. Damit kann das wahrscheinliche Veto der Briten umgangen werden.

[Zur Meldung der FTD](#)

Inhalt:

- Kampagne im Petitionsausschuss
- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

7. Februar: Anhörung unserer Petition im Bundestag

Unsere Kampagne findet wieder einmal im Bundestag Gehör: Die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer beschäftigt den Petitionsausschuss in einer öffentlichen Sitzung am Montag, 7. Februar 2011. Anlass ist die erfolgreiche Petition, der erste Erfolg der damals frisch gegründeten Kampagne, die im Dezember 2009 innerhalb von drei Wochen 66.000 Unterschriften erreichte. Die Sitzung findet im Anhörungssaal 3.101 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin statt und dauert von 13 bis 16 Uhr. **Sie wird live im Parlamentsfernsehen und im Web-TV auf www.bundestag.de übertragen.**

[-> Mitteilung des Bundestags](#)

Entwicklungen im Inland:

20. Januar: Jahresauftaktversammlung der Kampagnenträger in Berlin. 2011 wird das entscheidende Jahr werden - darin sind wir uns einig.

10. Januar: Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbunds, [Peter Heesen](#), fordert eine Finanztransaktionssteuer als Teil eines Maßnahmenpakets zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Entwicklungen im Ausland:

31. Januar: EU-Binnenmarktkommissar [Michel Barnier](#) begrüsst Frankreichs Vorschläge für eine Finanztransaktionssteuer im Rahmen der G 20.

27. Januar: US-Investor [George Soros](#) schlägt in Davos die Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung des Abbaus der Ungleichgewichte in der Euro-Zone vor. Die Steuer könne auch dazu dienen, [Klimaschutz und ähnliches](#) zu finanzieren.

25. Januar: Der [japanische](#) Finanzminister Kaoru Yosano lehnt Sarkozys Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer als "fundamental fehlerhaft" ab.

25. Januar: Der [mexikanische](#) Finanzminister Ernesto Cordero ist besorgt über die Abwertung des Peso, lehnt eine Finanztransaktionssteuer aber ab.

24. Januar: Die französische Finanzministerin [Christine Lagarde](#) legt nach: eine globale Finanzierung von Entwicklung und Umweltschutz stehe hoch oben auf der Agenda der G 20.

24. Januar: Der französische Präsident [Sarkozy](#) will sich während der französischen Präsidentschaft in G 8 und G 20 für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen und fordert dabei explizit eine Verwendung der Einnahmen zur Finanzierung von Entwicklung.

14. Januar: Die [Österreichischen Grünen](#) kritisieren den SPÖ-Vorstoß für eine Europäische Bürgerinitiative zugunsten einer Finanztransaktionssteuer: Ein solches Instrument sollte von Bürgerinitiativen geführt werden und nicht von Regierenden oder Parteien.

14. Januar: [10 Mrd. € als Bonus](#) für JP Morgan-Banker befeuern die britische Debatte um eine Finanztransaktionssteuer.

13. Januar: Die [Schweizer Grünen](#) machen sich für eine internationale Devisentransaktionssteuer als Mittel gegen Währungsschwankungen stark.

13. Januar: Die [Ukraine](#) schafft eine Steuer auf Devisentransaktionen ab. Dazu hatte sie der IWF im Zuge eines Kreditprogramms verpflichtet.

11. Januar: Reden kann nicht schaden - die [USA](#) sind nach Aussage von EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta dazu bereit, über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu sprechen.

9. Januar: Der britische Premier [David Cameron](#) spricht sich erneut gegen eine Finanztransaktionssteuer aus, denn diese würde den Finanzplatz London gefährden.

8. Januar: Neben einer Einführung von Euro-Bonds spricht sich der griechische Ministerpräsident und Vorsitzender der Sozialistischen Internationale [Giorgos Andrea Papandreu](#) für eine Finanztransaktionssteuer aus.

7. Januar: Österreichische Politiker von [ÖVP und SPÖ](#) überbieten sich bei der Begeisterung für eine Finanztransaktionssteuer...

6. Januar: [Karl Alginger](#), Chef des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) wirbt vor dem Hintergrund der Euro-Krise für eine Finanztransaktionssteuer.

Studien und Stellungnahmen

Podimata-Bericht zu innovativen Finanzinstrumenten

Unter Federführung der griechischen Sozialistin Podimata entstand ein Bericht zu innovativen Finanzinstrumenten auf EU- und globaler Ebene, welcher dem EU-Parlament vorgelegt werden soll. Da das Europa-Parlament kein Initiativrecht zur Gesetzgebung besitzt, bekäme der Bericht den Status einer Resolution.

Der Bericht fordert u.a. eine Finanztransaktionssteuer in der EU mit den folgenden Eigenschaften:

- ein Steuersatz zwischen 0,01 % und 0,05 %,
- eine möglichst breite Steuerbasis, d.h. besteuerte Finanzprodukte,
- Ausnahmeregelungen und Schwellenwerte, um den Einzelhandel, kleine Investoren und Einzelpersonen zu schonen.

Der Bericht bekennt sich ausserdem zur Lenkungswirkung der Steuer. Er soll im März im Plenum abgestimmt werden. Unter Änderungen hat er bereits den Ausschuss für Wirtschaft und Währung passiert. Dabei wurde eine Passage, die von der EU eine Vorreiterrolle bei fehlendem globalen Konsens verlangt, gestrichen.

[Zum Berichts-Entwurf auf den Seiten des Europa-Parlaments.](#)

CEPR: The Deficit-Reducing Potential of a Financial Speculation Tax

Das Center for Economic and Policy Research (CEPR) versucht mit einer kurzen Stellungnahme, eine "Financial Speculation Tax" in der US-amerikanischen Diskussion zu stärken. Trotz des anderen Namens handelt es sich um die Finanztransaktionssteuer. Diese könne ein Aufkommen von über 1 % des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukt erbringen, spiele in der aktuellen Diskussion um den Defizitabbau kaum eine Rolle.

[Zur Stellungnahme.](#)

Kampagnenaktivitäten

13. Januar: Europäisches Vernetzungstreffen der FTT-Kampagnen

VertreterInnen der Kampagne nahmen an einem Vernetzungstreffen von europäischen NGOs und Kampagnen zur Finanztransaktionssteuer teil. Das Treffen war sehr produktiv und endete mit vierzehn Aktivitäten, die europaweit koordiniert auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer hinarbeiten sollen.

20. Januar: Kampagnenversammlung in Berlin

Am 20. Januar trafen sich in Berlin knapp 40 Personen von 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne, um über weitere Aktivitäten zu tagen. Die Vertreterinnen und Vertreter beschlossen, sich mit Nachdruck für eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 % einzusetzen und nicht nur den Einnahmeeffekt, sondern auch die Lenkungswirkung zu betonen. Ausserdem wurde die Forderung für die Verwendung der Einnahmen aus der Steuer präzisiert: Wir fordern, dass die eingenommenen Gelder zu je einem Drittel verwendet werden für die Bekämpfung weltweiter Armut, für den Schutz von Klima und Umwelt sowie die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise bei uns.

Zudem stellt die Aktionsgruppe ihre bisherigen und die geplanten Aktivitäten vor. Darüber hinaus wurden zahlreiche weitere Aktivitäten für 2011 vorgestellt und geplant. Einige davon:

- Beteiligung an europäischen Aktivitäten, etwa dem globalen Aktionstag am 17.2., Lobbying und einer neuen Petition an die G20 sowie einem ÖkonomInnenbrief

- Die Kampagne wird einen Monat lang ihren Kampagnenspot im Cinemaxx zeigen
- Bildung von acht Arbeitsgemeinschaften für die verschiedenen Aktivitäten

20. Januar: **Parlamentarischer Abend**

Ebenfalls am 20. Januar veranstaltete die Kampagne auf Einladung der MdBs Jürgen Klimke und Sabine Weiss (beide CDU) und der Gemeinsamen Konferenz für Kirche und Entwicklung (GKKE) einen Parlamentarischen Abend zum Thema: "Steuer gegen Armut - Für das Haushaltsloch oder die Entwicklungspolitik?"

Stefan Schulmeister vom WIFO in Wien stellte die Finanztransaktionssteuer vor, Andreas Neukirch von der GLS-Bank berichtete über die "Vor- und Nachteile einer Finanztransaktionssteuer aus Sicht einer Bank" und Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär, stellte die Position der Bundesregierung vor. Durch den Abend leiteten die Prälaten Karl Jüsten und Bernhard Felmberg.

Die Kampagne übergab einen Brief an die Bundesregierung mit der Bitte, in die laufenden Konsultationen einbezogen zu werden. Es gab dazu bereits eine positive Rückmeldung.

Neuer Facebook- und Twitter-Account

Die Kampagne Steuer gegen Armut hat nun - ergänzend zur bisherigen Facebook-Gruppe - noch eine eigene Fanpage. Diese ist mit dem newsfeed der Kampagnen-Homepage sowie einer eigenen Twitter-Adresse verbunden ist. Über diese Instrumente hoffen wir, vor allem die Twitter-Adresse, künftig kurzfristig Menschen zu Aktionen zu mobilisieren (z.B. falls es kurzfristig erforderlich wird, Mails an Abgeordnete oder Regierungsvertreter zu schicken, um bestimmten Positionen Nachdruck zu verleihen).

Die Daten:

Twitter: http://twitter.com/steuer_vs_armut

Facebook-Fanpage: <http://tinyurl.com/SteuergegenArmut>

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.